

# VEREINS-ANZEIGER

Organ der Vereinigung der Maler, Lackirer, Anstreicher, Tüncher und Weissbinder

sowie der freien eingeschr. Hilfskasse Nr. 71 vorstehender Gewerbe.

Redaktion und Expedition: Hamburg-Barmbeck, Schmalenbeckerstrasse 17.

## Zur Generalversammlung.

Wenn diese Zeilen sich in den Händen der Kollegen befinden, so fehlen nur noch wenige Tage bis zur Generalversammlung. Abermals ist eine Normalversammlungsperiode, die achte seit Bestehen unserer Vereinigung, verflohen, eine kurze Spanne Zeit und doch welche Früchte zeitigte sie! Am 20. November tritt in Würzburg die Generalversammlung zusammen, ein statiliches Parlament: 48 Delegirte werden sich einfinden, welche die Vorarbeiten in der Vereinigung zu prüfen und für eine gesunde Grundlage zur gedeihlichen Weiterentwicklung die Richtschnur zu geben haben.

Wichtige Aufgaben sind von der Generalversammlung zu lösen, welche dazu angethan sind, die Vereinigung nach jeder Weise hin zu stärken. Die Anträge, welche in Nr. 4 des „Vereins-Anzeiger“ veröffentlicht wurden, zeigen uns, welche großen Bestum erweiterter Arbeit von den Delegirten zu bewerkstelligen ist.

Nachdem auch unsere Organisation durch die Einführung der Krankenunterstützung seit 1. Januar d. J. in ein neues Stadium ihrer Entwicklung getreten, wird nun auf Grund der bisherigen Erfahrungen eine genauere Regelung dieses Unterstützungsgegenstandes stattfinden müssen.

Bei der Behandlung der Frage: „Einführung der Arbeitslosenunterstützung“ wird die vom Vorstand herausgegebene Statistik für die Delegirten von maßgebender Bedeutung sein, woraus unzweifelhaft hervorgeht, daß an deren Einführung wir vorläufig nicht denken können, ohne uns durch eine sonst unbedingt nötige rasche Beitragserhöhung auf ein gefährliches Experiment einzulassen. Die schweren Kämpfe, welche unsere Vereinigung seit der letzten Generalversammlung zu führen hatte und all die Erfahrungen, welche wir in dieser Zeit gemacht haben, werden der diesmaligen Generalversammlung ein besonderes Gepräge aufdrücken. Viele Delegirte, welche in den verflohenen Kämpfen mit in der vordersten Reihe standen, werden Gelegenheit haben, ihre persönlichen Beobachtungen und die daraus gezogenen Schlüsse zu unterbreiten.

Sodann liegen noch eine Anzahl Anträge zur Statutenänderung, wie auch solche, welche sich hauptsächlich auf den inneren Ausbau der Vereinigung und unser Organ beziehen, vor. Hervorheben wollen wir, daß wohl zum ersten Mal ein Antrag vorliegt, welcher sich gegen die Beitragshöhe ausspricht, gewiß ein Zeichen, wie unsere Kollegen sich dadurch selbst das beste Zeugnis ausgestellt haben.

Wir sind überzeugt, daß die Delegirten bei ihren Beratungen nur darnach streben, für das Gesamtwohl der Vereinigung zu wirken, welche sich seit ihres 12-jährigen Bestehens in erfreulich aufsteigender Linie bewegt. Wenn von unseren Mitgliefern erfüllt es nicht mit innerer Genugthuung, wenn er aus den nachfolgenden Zahlen die Gewißheit hat, daß das Ringen und Kämpfen so vieler braver Kollegen nicht umsonst gewesen, daß die gebrachten Opfer reiche Früchte hervorgerbracht? Röhle von der Gründung der Zentralfaktion an die Vereinigung nur wenig über 1000 Mitglieber, so sehen wir, wie von 1888 an bis zur Generalversammlung in Bremen 1890 das zweite Tausend überschritten wurde. Im Jahre 1892 zählten wir auf der Generalversammlung in Frankfurt a. M. 3531 Mitglieber, im Jahre 1894 betrug die Zahl in Nordhausen 3623, im Jahre 1897 in Kassel 5507 und stieg bis zum 1. Oktober 1898 auf der Generalversammlung in Mainz auf 6117. Am 1. Oktober 1900 hatten nach der Abrechnung 10 599 Mitglieber ihre vollen Beiträge bezahlt.

Das ist gewiß ein erfreuliches Resultat und dazu angethan, alle Kräfte zu entfalten, damit es auch weiterhin, nachdem wir das erste Jahrzehnt überschritten, mit der Entwicklung unserer Organisation vorwärts gehe. Daß die Delegirten in diesem Sinne ihre Arbeiten auf der Generalversammlung erledigen mögen, wünschen wir und gewiß mit uns alle Mitglieber.

Wir entbieten der Generalversammlung unsere herzlichsten Grüße!

## Arbeitslöhne und Waarenpreise.

Augenblicklich herrscht in Deutschland eine Kohlentheuerung, die bei einem etwa eintretenden strengen Winter zu einer Gefahr für das Volkswohl zu werden droht. Von den verschiedensten Seiten aus hat man sich mit diesem Nothstand befaßt und vor allen Dingen auch die Frage erörtert, worin dieses ungeheuerliche Steigen der Kohlenpreise seinen Grund habe. Hier gingen nun die Ansichten auseinander: die einen bezeichneten die Wirren in China und den Burenkrieg als die Ursache, die anderen denunzirten den Zwischenhandel und Kohlenwucher als den Schuldigen — alle aber fanden den hauptsächlichsten Grund für die hohen Kohlenpreise in den ge-

steigerten Löhnen der Bergarbeiter.

Das ist die alte Geschichte! Sobald irgend eine Waarenart im Preise steigt und die Käufer darüber schimpfen, heißt es sofort: „Na, das kommt von dem ewigen Streifen. Die Arbeiter wollen immer mehr verdienen, die Löhne werden immer höher und da ist es kein Wunder, daß die Waaren immer theurer werden.“ In den Kreisen des Bürgerthums gilt es als eine unumstößliche, unantastbare Wahrheit, daß hohe Waarenpreise ihren Grund haben in den hohen Arbeitslöhnen. Man es doch vor kurzen sogar vor, daß ein Hauswirth von einem Miether eine höhere Miete forderte, weil die Löhne der Bauhandwerker „so furchtbar“ in die Höhe gegangen seien. „Mein lieber Mann,“ entgegnete ihm aber der Miether, „Ihr Haus ist bereits vor 60 Jahren gebaut, als die Löhne noch „furchtbar niedrig“ waren; Sie haben also unheimlich billig gebaut und infolgedessen zahle ich Ihnen viel zu viel Miete. Ich beantrage also eine den damaligen Arbeitslöhnen entsprechende Verbilligung meiner Miete.“ Der Hauswirth machte ein Gesicht, wie eine Kasse, wenn es donnert, und wußte nichts zu erwidern. In der That weiß heutzutage jeder nationalökonomische Ueberzeuge, daß die Arbeitslöhne verflucht wenig mit dem Preise der betreffenden Waaren zu thun haben. Oder wer möchte behaupten, daß die Preise der Seife oder des Petroleums oder der verschiedenen anderen Waaren so ungeheuer gestiegen sind, weil die Arbeiter der betreffenden Branchen höhere Löhne beziehen? Nur bei der augenblicklichen Kohlentheuerung gehen die Pfahlbürger und bürgerlichen Zeitungsschreiber wieder mit diesem Blödsinn haufen. Da ist es wohl von Interesse, einmal das Verhältniß zwischen den Preisen der Waaren und den Löhnen der Arbeiter, die diese Waaren angefertigt haben, in Vergleich zu ziehen.

Bei der Preisbestimmung von Waaren kommen in der heutigen kapitalistischen Gesellschaft drei Faktoren in Betracht: Produktionsmittel, Arbeitslohn und Unternehmergewinn. Der letztere spielt für den Kapitalisten die Hauptrolle, die anderen beiden sind für ihn nur notwendige Uebel. Es giebt Waaren, zu deren Produktion viel lebendige Arbeitskraft gehört und verhältnißmäßig wenig Produktionsmittel und umgekehrt solche, die viel Produktionsmittel erfordern aber wenig Arbeitskraft. Wenn ein Maler eine Wand bemalt oder eine Leinwand, so spielt Material und Werkzeug bei der Preisbildung eine winzige Rolle, die Hauptsache ist seine Arbeitskraft; steigt hier der für die Benutzung der Arbeitskraft gezahlte Lohn wesentlich, so wird natürlich auch der Preis des Bildes oder des Wandschmuckes steigen, vorausgesetzt, daß der Preis der Rohmaterialien und der Werkzeuge unverändert bleibt und auch der Unternehmergewinn sich nicht verändert. Aus diesem Grunde unterscheidet sich eine Lohnbewegung im Malergewerbe auch sehr wesentlich von einer solchen in manchen anderen Branchen, wo der gezahlte Arbeitslohn nur wenig ausschlaggebend ist. In der Nadelfabrikation z. B. in der 5 Arbeiter mittels sehr vollkommener Maschinen täglich 7½ Millionen Nadeln herstellen können, ist es für den Preis eines Groß Nadeln völlig gleichgiltig, ob jeder dieser Arbeiter pro Tag 5 Mk. oder 15 Mk. an Lohn erhält. Eine Lohnhöhung wird hier auf den Preis der Waaren im Kleinverkauf gar keinen bemerkbaren Einfluß ausüben.

Die Erfahrung des wirtschaftlichen Lebens hat gelehrt, daß bei einer mit Maschinen betriebenen Großproduktion die Lohnhöhe der Arbeiter auf die erzeugten Waaren weder preissteigernd noch preis-

senkend wirkt, daß vielmehr eine Preissteigerung der Waaren fast ausschließlich auf das Bestreben des Kapitals, höhere Gewinne zu erzielen, zurückzuführen ist, wobei noch zu bemerken ist, daß sowohl die Fabrikanten als auch die Zwischenhändler an diesem höheren Gewinne Theil nehmen wollen.

Bei der Steigerung der Kohlenpreise ist dies augenscheinlich und offenbar der Fall. Wie bekannt sind die Gewinne der Aktiengesellschaften, die Kohlenbergbau betreiben, ganz bedeutend gestiegen und auch der Zwischenhandel, besonders der Großhandel, hat Millionen von Mark verchluckt; dagegen sind die Arbeitslöhne nur um ein ganz Geringes in die Höhe gegangen. Nach einer amtlichen Statistik hat sich der Durchschnittslohn eines Bergarbeiters in Preußen von 1010 Mk. im Jahre 1898 auf 1070 Mark, also um 60 Mk. = 5½ % gehoben, während die Preise der Kohlen um ungefähr 100 % gestiegen sind. Da ist es denn kein Wunder, daß der Reingewinn der Bergwerksgesellschaften und der Großhändler um Millionen gestiegen ist. Die Sauerländer Bergwerksgesellschaft in Dortmund erzielte im Jahre 1898/99 einen Gewinn von 12 358 511 Mk. gegen 9 251 673 Mk. im Jahre 1897/98. Den Mehrgewinn von 3 Millionen müssen die Konsumenten aufbringen, ungerechnet die Miessgewinne der Großhändler. Wer da noch von einer vernünftigen Gesellschaftsordnung reden kann, dessen Geist muß anders konstruirt sein als der unsere.

Wie überhaupt das Verhältniß zwischen den Miessgewinnen der Kapitalisten und den Hungerlöhnen der Arbeiter ist, darüber möge eine Statistik Aufschluß geben, die der englische Bergarbeiterführer Steve Hardie im Jahre 1893 veröffentlichte. „Der Nutzen der Kohlenbarone betrug im Jahre 1892, nach ihren eigenen Angaben, ungefähr 220 Millionen Mark; außerdem erhielten die Besitzer des Grund und Bodens noch 120 Millionen Mark an Rente; die Zahl der an den Gruben beteiligten Kapitalisten und Grundeigenthümer wird auf rund 3000 geschätzt. Die Zahl der Grubenarbeiter belief sich auf ungefähr 300 000 und der ihnen gezahlte Lohn auf rund 300 Millionen Mark. Darnach verdiente jeder Kapitalist resp. Grundeigenthümer pro Jahr 113 840 Mk. und pro Woche 2180 Mk.; jeder Bergarbeiter dagegen pro Jahr 1000 Mk. und pro Woche 19 Mk.“ Und trotz und alledem giebt es noch Leute, die von der Begehrlichkeit der Arbeiter reden.

Leider mangelt es uns an einer Statistik neueren Datums über das Verhältniß des Arbeitslohns zur Arbeitsleistung der Bergarbeiter. Erfahrungsgemäß hat unter normalen Verhältnissen eine Steigerung des Arbeitslohnes stets auch eine Steigerung der Arbeitsleistung im Gefolge. Dies hat sich im Bergbau anfangs der 70er Jahre ganz deutlich gezeigt. Während im Beginn der 70er Jahre die Löhne der Bergarbeiter stiegen, wurden sie vom Jahre 1873 an wieder herabgedrückt. Parallel mit der aufsteigenden Bewegung der Löhne ging auch eine Steigerung der Produktion, die absteigende Bewegung der Löhne hatte ein Sinken der Kohlenförderung im Gefolge. Dies wird Niemanden wundern, der da weiß, daß gutentlohnte und darum gutgenährte Arbeiter mehr leisten, als schlechtbezahlte und darum schlechtnährte. Der Bergassessor Edwin Rasse wies in der „Concordia“, Zeitschrift für die Arbeiterfrage (Nr. 24 vom 12. Juni 1875) nach, daß auf den größeren staatlichen Gruben die Lohnsteigerung des Jahres 1872 von einer ganz beträchtlichen Steigerung der Durchschnittsförderung begleitet ge-



wesen war; dagegen wies der Bergassessor Siltrop in der „Zeitschrift des königl. preuss. statistischen Bureaus“ (Jahrg. 1875, S. 245—290) unwiderleglich nach, daß die Erniedrigung der Löhne eine Verminderung der Förderung im Gefolge gehabt hat. Ersterer ermittelte aus den Angaben der größten Gruben, daß die Förderung eines Bergarbeiters im Durchschnitt von 4064 Zentner auf 4506 gestiegen war, trotzdem der Bergbau vielfach mit wachsenden Schwierigkeiten zu kämpfen hatte. Siltrop fand folgendes: „Die Leistung in 1873, wo die Löhne höher waren, übertrifft diejenige des Jahres 1874 nicht unbedeutlich: im ersteren Jahre nämlich kamen auf den Kopf des Arbeiters 3940,9 Zentner, im Jahre 1874 dagegen 3746,1 Zentner. Speziell die Steinkohlenförderung betrug pro Kopf 4066,6 Zentner in 1873 und 3858,1 Zentner in 1874. Es ist wohl nur ein Zufall, aber doch bemerkenswerth, daß das Verhältnis, in welchem Lohn und Leistung heruntergegangen war, fast genau 7 % beträgt. Im Jahre 1873 kostete die Förderung von 100 Zentner Steinkohlen 26,04 Mk. und im Jahre 1874 25,86 Mk. Das Geschäft, welches der Staat durch die Lohnherabsetzung gemacht hat, war also ein höchst unbedeutendes.“ Auf den Preis der Steinkohlen machte natürlich der Umstand, daß an 100 Zentner 18 Pfg. gekostet wurden, gar keinen Eindruck. Die Meinung der preussischen Minister Camphausen und Achenbach, daß „durch eine Ermäßigung der Arbeitslöhne die Arbeitsleistungen gesteigert würden“ stellte sich hiernach als Irrthum heraus.

Au ganz demselben Ergebnis kam der belgische Bergwerksdirektor A. van Zuylen de Noye in Lüttich, der die Durchschnittsförderung und die Durchschnittslöhne der Steinkohlenarbeiter der Provinz Lüttich von 1830—1874 zusammengestellt hat, und zu seiner größten Ueberraschung, wie er selbst sagt, fand, daß die Leistung mit dem Lohne stieg und daß „bei außerordentlich hohem Lohne die Arbeiter am meisten leisteten und die Grubenbesitzer am meisten verdienten“. Nicht minder auch berechnete Dr. Versta auf Grund amtlicher Angaben für die österreichische Gruben, daß der Durchschnittslohn von 1870—1872 von 62,3 Kreuzern auf 70,7 resp. 87,8 Kreuzer, die Durchschnittsförderung des einzelnen Arbeiters aber von 1952 Zentner auf 2079 resp. 2323 Zentner gestiegen war.

Durch diese statistischen Angaben aus den verschiedenen Ländern erscheint es als feststehend — und in anderen Branchen hat sich dieselbe Thatsache herausgestellt — daß in den allermeisten Fällen eine Lohnsteigerung durchaus nicht den Einfluß auf den Preis der Waaren ausübt, von dem diejenigen Leute so gern fesseln, die hohe Löhne für den Ruin der Industrie und des Handwerks halten. Speziell im Steinkohlenbergbau wird sich bei genaueren Untersuchungen ergeben, daß die augenblickliche Kohlentheuerung ganz andere Ursache hat als die paar Pfennige Lohnzulage, welche die Bergarbeiter sich so mühsam erkämpft haben.

## Das Zeitungswesen der Welt.

Von E. Schröpel.

(Nachdruck verboten.)

Die Zeitung ist heute das tägliche, geistige Brot eines jeden zivilisirten Menschen; sie ist ihm unentbehrlich und ein selbstverständliches Bedürfnis. Das Zeitungswesen verdankt seine gegenwärtige, großartige Entwicklung in erster Linie der fortschreitenden Volksbildung und dann den genialen Buchdruckerfindungen der Neuzeit.

Noch im Jahre 1815 konnte man in den größten Druckereien Englands nur Holzpressen und Linienballen; 60 Einbogenblätter in einer Stunde war damals die schnellste Druckleistung und 500 Exemplare eine Sensationsauflage. Erst als das Gas die Kerze und die Dellampe aus den Buchdruckereien verdrängt hatte, wurden technische Verbesserungen bekannt, hauptsächlich war die Erfindung der doppelten Kronenpresse bahnbrechend für die vervielfältigungskunst — nun glaubte man, die vollkommenste und schnellste Presse erfunden zu haben. Die Rotationsmaschinen beweisen uns aber, daß die Technik und der erfindnerische Menschengeist kein Halt kennen. Die Miesenaufgaben der heutigen Tagesblätter (100 000 und mehr Exemplare) sind sprechende Belege für die Leistungsfähigkeit der Rotationsmaschine.

Nach dem Jahre 1848 begann sich das Zeitungswesen zu entwickeln. Gegenwärtig nimmt Deutschland den ersten Rang in der Journalistik ein. Das Deutsche Reich besitzt rund 550 periodische Druckschriften, hiervon erscheinen über 800 täglich. In Berlin allein werden 110 politische Zeitungen und Zeitschriften gedruckt.

Madras folgt England mit 3100 periodischen Druckschriften. In London erscheinen 54 Zeitungen.

In Frankreich zählte man jüngst 2820 periodische Druckschriften, unter diesen sind rund 700 Tages- beziehungsweise Halbwochenblätter; auf Paris entfallen 65 Zeitungen.

Den vierten Rang nimmt Japan mit 1400 Zeitungen ein, von diesen erscheinen nur 170 täglich. In Rom selbst zählt man 25 Journale.

Oesterreich-Ungarn besitzt rund 1250 Zeitungen, unter diesen sind 160 Tagesblätter. In Wien erscheinen 34 und in Budapest 28 Zeitungen. Bemerkenswert ist, daß im Laufe dieses Jahres eine ansehnliche Zahl periodischer Druckschriften in Oesterreich in Folge Aufhebung des Zeitungsstempels ins Leben gerufen wurden.

## Gewerkschaftliches und Soziales.

Eine Konferenz der Gauvorsteher des deutschen Buchdruckerverbandes beschäftigte sich am 13. und 14. Oktober zu Berlin mit der bevorstehenden Tarifrevision, wobei das Ergebnis in folgender Resolution zusammengefaßt wurde: „In Berücksichtigung der Steigerung der Lebensmittel- und Wohnungspreise und in der weiteren Erwägung, daß 1896 das Hauptgewicht der Tarifrevision auf die Verkürzung der Arbeitszeit gelegt wurde und berechtigte Wünsche auf Lohnsteigerung unberücksichtigt blieben, stellt sich die Gauvorsteherkonferenz auf den Standpunkt, daß bei der nächstjährigen Tarifverhandlung in der Hauptsache Anträge auf Erhöhung des Gehaltsgeldes bezw. der Grundposition gestellt werden. Es bleibt selbstverständlich Orten mit theueren Lebensverhältnissen überlassen, außerdem noch eine entsprechende Regelung der Lokalzuschläge zu beantragen. Die Konferenz hält die Erhöhung des Tarifes in der angegebenen Form für notwendig, um die Hebung der Lebenslage aller Kollegen, auch in den kleineren Druckorten, herbeizuführen!“

Die Gehilfenmitglieder im Tarifausschuß und Amlte der deutschen Buchdrucker haben sich gegenüber ihren alten Stämmen verhalten, festzustellen, daß sie sich nur vor dem zuständigen Forum zu verantworten haben und die Leitung des „bekannteren“ (Gutenbergs-Bundes, wie es sich gehört, vollständig außer Acht zu lassen. Die Gutenbergs-Bündler, „rühmlichst bekannt“ in der deutschen Arbeiterbewegung, haben nämlich eine Broschüre verfaßt, welche sie an die Buchdruckerbesitzer versenden, wodurch die Tariforganisation in der Öffentlichkeit mißkreditirt werden soll. Damit werden nun diese Brüder wenig Glück haben.

Die Lithographen und Steindrucker in Breslau haben Forderungen gestellt. Auf die bescheidenen Wünsche zu antworten, haben nur zwei Firmen für gut gefunden. Jedenfalls wird es zum Ausstand kommen.

In Halle a. S. stehen noch 180 Maurer im Ausstande und in Leipzig, wo die Töpfer im Generalstreik stehen, ist jeder Zug abzuweisen.

Der Streik der Porzellanarbeiter in Rudolstadt dauert noch unverändert weiter. Nur ein einziger „braver und arbeitswilliger“ Sommer, der bis jetzt pro Woche 15 Mk. Unterführung bezog, annähernd sein Durchschnittsverdienst, fiel seinen streikenden Brüdern in den Rücken. Jeder Zug nach der Firma Schäfer & Vater ist streng fern zu halten.

Der Vorstand des Buchbinderverbandes hat beschlossen, von den Mitgliedern eine wöchentliche Extrazener von 10 Pfg. zu erheben. Die bisherigen Kämpfe zur Durchführung und Vertheidigung des Tarifs haben der Hauptkasse rund 100 000 Mk. gekostet, so daß man annehmen könnte, jedes Mitglied müßte dieses Vorgehen des Hauptverbandes ganz selbstverständlich finden. Aber trotzdem finden sich noch Leute, welche unter den niedrigsten Scheinrenten dagegen opponiren und „unmöglich“ diese Steuer aufzubringen angeben. Der gewerkschaftliche Kampf erfordert eben von jedem Einzelnen ein großes Opfer unter Aufbietung aller Kräfte, deshalb brauchen wir Männer, ganze Männer, welche gereift durch die Erfahrung, durchbringen von der Erkenntniß ihrer hohen Aufgabe, allezeit treu zur Fahne stehen und am allerwenigsten in der Stunde der Gefahr die Flinte ins Korn werfen.

Ein deutscher Handwerks- und Gewerbeamtstag soll am 15., 16. und 17. November in Berlin stattfinden. Was da wieder für schöne Sachen zum Vorschein kommen mögen — passend für die Kumpeltammer?

Die Streiklausel ist vom Würzburger Magistrat mit allen gegen die Stimme eines Baumeisters abgelehnt.

Ganz traurige Zustände existiren bekanntlich noch unter den Schlächtergesellen. Den bisherigen Wünschen und Forderungen der Gesellen auf eine Besserstellung der zahlreichen Mißstände hinzuwirken, wurde von den Meisterorganisationen in keiner Weise Beachtung geschenkt. In Berlin wollen die Gesellen, da die Organisation noch zu schwach, von einem Ausstande absehen, das Verhalten der Meister aber in der Öffentlichkeit brandmarken.

Recht faul ist es mit dem Zeitungswesen in Russland bestellt. In keinem anderen Lande der Welt ist die Stellung der Presse eine so schwierige wie dort. Die russische Regierung ist noch immer der Meinung, daß es ihr gelingen werde, dem mächtigen Strom der Zeit einen nicht zu durchbrechenden Damm entgegenzusetzen. Man giebt zwar ganz offen zu, daß es überall in Russland in sehr bedenklicher Weise gähre und daß „unreife Freiheitsbegriffe das Volk unnebelt haben“, doch verläßt man sich zuversichtlich auf Polizei- und Militärmacht — ? In dem großen Zarenreiche kreifen rund 850 periodische Druckschriften ihr kümmerliches Dasein. In Petersburg erscheinen 17 Zeitungen, von denen 12 täglich; hierbei muß aber bemerkt werden, daß mehr als die Hälfte offizielle oder offiziöse Organe sind. Die hauptstädtischen Zeitungen sind zwar von der Präventivzensur befreit, doch unterliegen sie einer scharfen und unerschämten willkürlichen Kontrolle. Eine jede Zeitung hat ihren eigenen Zensur und ist verpflichtet, diesem jeden Morgen ein Exemplar der Zeitung zu überreichen. Wenn sich die Wahrheit und das Recht doch manchmal zwischen die Beilen verirrt, dann hat die oberste Behörde für Präventionsangelegenheiten recht viel zu thun, um das Zeitungsorchester zu dirigiren.

Griechenland hat verhältnismäßig viel Zeitungen. Jede Bourgade hat ihr Blatt. Athen allein besitzt 55 Tagesblätter.

Im Schweizerlande zählt man gegenwärtig rund 480 Journale. Fast ebensoviel werden in Holland und in Belgien publizirt. Am wenigsten journalistisch thätig sind Portugal, Schweden und Norwegen. Besser sind die Verhältnisse in Dänemark und merkwürdigerweise auch in der Türkei; in Konstantinopel erscheinen 10 Blätter.

Die Gesamtsumme aller in Europa erscheinenden Zeitungen beläuft sich auf rund 22 000.

Amerika hat ungezählte Zeitungen. Die Vereinigten Staaten Nordamerikas allein haben 13 000 Blätter, darunter 1100 Tagesblätter. In New-York erscheinen 18 Zeitungen, in Philadelphia 6, in Chicago 8 usw. Die Auflage mancher amerikanischen Zeitungen ist eine unglaublich große und noch größer die Erfindungs-, richtiger Ententkunst.

In Asien findet man nicht weniger als 3000 periodische Druckschriften, an denen Japan und Englisch-Indien den größten Antheil haben. Im Reiche des Mikado hat sich, besonders in den letzten Jahren, das Zeitungswesen sehr entwickelt, gegenwärtig zählt man dort 1500 Zeitungen. In Tokio erscheinen 4 große Blätter. Die geleseste Zeitung Japans führt den Namen „Sogji Siamun“ (Nachrichten-

Am tliche Vermittelung bei Streiks. Die französische Regierung hat den Präfekten des Norddepartements beauftragt, eine Verständigung zwischen den ausständigen Glasarbeitern und ihren Arbeitgeberherbeizuführen. Der Ausstand dauert bereits drei Monate. In Deutschland geht es dagegen schneidiger zu. Da kann sich einfach der Herr Minister die Freiheit nehmen, und verbielen den Unternehmern, sich mit den Arbeitern zu einigen. — Dafür marschiren wir auch an der Spitze. —

Gegen die Wohnungsnoth. Zum Bau von mittleren und kleineren Wohnungen haben, wie die „Berl. Ztg.“ berichtet, die städtischen Behörden in Düsseldorf den Betrag von 20 000 000 Mk. bewilligt. Die Düsseldorfser wollen die 20 000 000 Mk. im Wege einer Anleihe aufbringen. Der Minister des Innern, welcher um Genehmigung einer Anleihe in dieser Höhe angegangen wurde, hat in einem Erlaß erwidert, daß er den Versuch, den die Stadt Düsseldorf zur Milderung der Wohnungsnoth zu unternehmen beabsichtigt, mit lebhafter Genugthuung begrüßt.

Unter diesen Umständen kann natürlich der Magistrat der Reichshauptstadt „Berlin“ nicht zurückbleiben, da bekanntlich die „Wohnungsnoth“ daselbst in äußerst trauriger Weise hervortritt. Mit einer „milden Stille“ einer ganzen Million Mark will es der hochweise Magistrat wagen, das Uebel zu bekämpfen. Lebenslängliche die Stadtverordneten, was mit dem Gelde wohl geschehen würde, im Falle es für diesen Zweck etwas zu viel sein sollte!

Der Stadtrath von Aresfeld beschloß in seiner letzten Sitzung die Garantie für ein Darlehen von 225 000 Mark, welches die Arbeiterwohnungs-Genossenschaft zum Bau von Arbeiterwohnungen von der Versicherungsgesellschaft Rheinproving erheben will, zu übernehmen. Für ein Darlehen von 200 000 Mk. hatte die Stadt die Bürgschaft schon früher übernommen. Es soll die Frage geprüft werden, ob es nicht angemessen sei, daß die Stadt für ihre Arbeiter Wohnhäuser erbane.

In den Kleinfarbenfabriken soll dem Vernehmen nach von den Regierungen eine Beschränkung der Arbeitszeit einer Erörterung unterworfen werden. Es wäre dies in Anbetracht der so sehr gesundheitsgefährlichen Arbeit dringend zu wünschen, denn durch Verordnung ist die Arbeitszeit noch bis zu 12 Stunden zulässig.

Die Organisationsbestrebungen unter den Meistern machen Fortschritte. So haben sich die Maler, Tüncher und Lackiermeister aus Hessen-Nassau und Baden in einer zu Mainz stattgefundenen Versammlung zu einem mittelrheinischen Maler-, Tüncher- und Lackierverband zusammengeschlossen. Auch für Rheinland und Westfalen soll sich wieder ein Malerbund gegründet haben. Etwas Neues wäre dies gerade für uns nicht, denn nach den bisherigen Erfahrungen scheint hier die Vereinsmeierei als Sport zu gelten. Wird von einer Seite angefangen einen Verband zu gründen, flugs sind wieder andere bei der Hand, den Todengräber zu spielen. — Uns kann's recht sein.

Die Porzellanmalerei A. Steffins Ww. in Lübel suchte im „Sprechsaal“ einen Maler. Der bis jetzt dort beschäftigte hatte sich erlaubt, etwas über die gezahlten Akkordlöhne zu äußern (Durchschnittsverdienst war 17 Mk.) und wurde daraufhin gekündigt. Der gesuchte Maler soll „allen Anforderungen einer Privatmalerei gewachsen sein“; dazu gehört anscheinend nach Steffins auch große Bedürftigkeit. —

„Anders als sonst in Menschengestalt“ — In einer mittleren Stadt unseres lieben Vaterlandes, wo noch im Allgemeinen ein beschauliches Dasein vorherrscht, ist, wenn auch die „Unzufriedenen“ sich schon allenthalben bemerkbar machen, existirt eine Filiale der Vereinigung deutscher Maler u. v. W. Um der gesetzlichen Vorschrift zu genügen, hatte der Vorsitzende dieser Filiale bei der zuständigen Behörde eine schriftliche Eingabe gemacht, in der die regelmäßigen Versammlungen angemeldet wurden. Nach einigen Tagen traf auch prompt die Bescheinigung hierüber ein mit folgender Adresse: An den Vorstand der Maler p. p. Innung z. S. des Malers . . . . . Im ersten Augenblick war unser Kollege baff, als ob ihn der Affe lauste — aber hier steht ja Schwarz

Zeitung), das Blatt erscheint in Tokio einmal täglich, eine Nummer kostet nach unserem Gelde etwa 10 Pfennige. Die Lettern, in welchen die Zeitung gedruckt wird, sind theils chinesische, theils japanische; die Zeilen werden von oben nach unten gelesen. Was die innere Eintheilung des Journals betrifft, so ähnelt dieselbe den europäischen Blättern. Die japanischen Zeitungen sind stempelfrei, doch muß auch auf diesen ein verantwortlicher Redakteur sowohl als auch der Drucker namhaft gemacht sein. — China ist wenig journalistisch fruchtbar. In dem Meeresreiche erscheinen bloß drei Blätter, die von Bedeutung sind. Der „Kung-Pao“ das Amtsblatt von Peking, erscheint dreimal täglich und sind die Ausgaben durch verschiedene Farben des Zeitungspapiers kenntlich. Die zwei anderen größeren Zeitungen werden in Shanghai und in Korea herausgegeben. — Ueber das Zeitungswesen in Indien läßt sich auch nicht viel berichten, bemerkenswerth sind die poetischen Titel, welche die indischen Journale führen, so zum Beispiel: „Der Richtwiderstandler“, „Die leuchtenden Bergspitzen“, „Die Sonnenblende“, „Wollmonds-Aufgang“, „Sitteneuchte“, „Wunderbaumblüthe“, „Das Meer der Weisheit“ u. s. w. — Persien hat 6 Blätter. Afrika hat 200 Zeitungen. In Egypten erscheinen etwa 30 Blätter, der Rest in den europäischen Kolonien.

Australien hat meist nur europäische Nachbrücke. —

Diese nur kurz gefaßte Uebersicht legt dar, daß es auf unserem Erbtheile an Zeitungen gerade nicht mangelt, leider aber dient nur ein ganz kleiner Bruchtheil dieser Journalistik ehrlich dem Volke.

Die Presse soll das geistige Kampfmittel des Volkes sein, sie soll Licht und Wahrheit verbreiten, nur dann ist sie die wahre Volkspresse und ein Segen, eine Wohlthat für die Menschheit. Die Arbeiter-Presse allein erfüllt gegenwärtig diese hehre, aber auch schwere Aufgabe. Sie hat unter dem harten Druck ihrer Widersacher viel zu leiden, doch unbekümmert darum hält sie die Fackel des Wissens hoch und freut unablässig den Samen des Wahren und Guten, wo sich ein Boden findet.

Noch ist kein halbes Jahrhundert verfloßen, als die ersten sozialdemokratischen Zeitungen auf dem sozialen Kampfplatze erschienen. Die „Zukunft“ (Berlin) und der „Schweizerische Sozialdemokrat“ waren in den sechziger Jahren die ersten Vorboten des sozialistischen Pressfrühlings. Und gegenwärtig ist unstreitbar die Arbeiter-Presse Europas, besonders in Deutschland, ein Machtfaktor, mit dem gerechnet werden muß. Ein Vorwärts derselben, ihr gehört die Zukunft!



auf Weiß deutlich geschrieben sein voller Name! Was mag nun dieser Polizeigewaltige für eine Ansicht von der Gewerkschaftsbewegung haben, denn das Kuriosum, mit Zünften verächtlich zu werden, dürfte gewiß nicht so oft vorkommen?

In Kopenhagen feiern am 20. November unsere Kollegen das 19-jährige Stiftungsfest ihrer Organisation. Wir entsenden unseren dänischen Berufskollegen für die fernere erfolgreiche Tätigkeit die besten Wünsche.

Die Lage des Arbeitsmarktes. Im Monat September zeigen die Arbeitsnachweise, soweit sie an die Berichterstattung des „Arbeitsmarkt“ angeschlossen sind, überwiegend eine weitere Zunahme des Andrangs. Im Durchschnitt kamen auf 100 offene Stellen 100,6 Arbeitsuchende gegen 97,8 im Vorjahre. Daß die Zunahme nicht noch stärker war, dürfte seinen Grund in den über alles Maß zahlreichen Umzügen aus Anlaß der Mietsteigerung in den Großstädten haben; ohne Berlin und München würde der Prozentsatz der Arbeitsuchenden 108,2 betragen (gegen 97,7 im Vorjahre). In der That hat die Zahl der Beschäftigten in den Ortsrentenanstalten, die im September v. J. um 10 pSt. gestiegen war, diesmal nicht zugenommen, ja sie ist sogar um eine Kleinigkeit, 0,04 pSt., zurückgegangen. Auch im Auslande vollzieht sich eine Verflechtung des Arbeitsmarktes. In der amtlichen Statistik der französischen Syndikate wurde die Arbeitslosigkeit am 15. August bereits für 36 pSt. der Mitglieder als knapp bezeichnet (gegen 28 pSt. am Schlusse des zweiten Quartals). In den englischen Gewerkschaften waren Ende August 3 pSt. der Arbeiter unbefähigt (gegen 2,7 pSt. im vorjährigen August und 2,7 pSt. im diesjährigen Juli). — Auf den Werken von Krupp in Essen ist der Lohn im allgemeinen um 5 pSt. herabgesetzt und gleichzeitig die Ueberwachungsarbeit abgeschafft worden. Andere hervorragende Werte, wie der Hürder Bergwerksverein, die Dortmunder Union, das Alschmalzwerk Schulz-Knaubt sind dem Beispiel Krupp gefolgt. In der Stadt Krefeld beträgt, wie schon festgestellt wurde, die Zahl der Arbeitslosen gegen 1300, eine weitere Steigerung wird als sicher erwartet. In Greiz, Reichenbach im Voigtlande und Mehlhau steht die Hälfte der Beschäftigten still.

### Gerichtliches.

Die Bezeichnung „Streitbrecher“ keine Beleidigung. In einer Sitzung des Schöffengerichtes in Saalfeld a. S. in der gegen den Maurer H. verhandelt wurde, der einen nicht mitstreitenden Kollegen beleidigt und in Verzug erklärt haben sollte (§ 153 und 185 St.-G.-B.), führte der Anwalt aus, daß er in dem Jurse „Streitbrecher“ keine Beleidigung erblicken könne und darum Freisprechung von der Anklage wegen Verletzung des § 153 beantrage, da er es für eine selbstverständliche Pflicht jedes Streitenden ansehen müsse, das versäuselte Ehrenwort auch zu halten. Ob das Schöffengericht sich den zutreffenden Ausführungen des Anwaltes angeschlossen hat, ist aus dem uns vorliegenden Bericht leider nicht zu ersehen.

Zeugengebühren an gewerbliche Arbeiter. Seit Inkrafttreten des neuen Bürgerlichen Gesetzbuches haben mehrere Gerichte die Gewerbegebühren die Zahlung von Zeugengebühren verweigert, da nach einer Vorschrift des B.-G.-B. die Arbeitgeber während unerschuldeten Fernbleibens des Arbeiters von der Arbeit zur Weiterzahlung des Lohnes verpflichtet sind. Die Entscheidungen haben vielfach Bedenken erregt, die auch von einzelnen Gerichten geteilt werden. Das Braunschweiger Landgericht hat eine für die Bewilligung von Zeugengebühren an Arbeiter wichtige Entscheidung gefällt. Ein Gewerbegehilfe war vom Gericht als Zeuge geladen und vernommen worden und hatte dafür die gesetzlich festgesetzten Zeugengebühren für Zeit- und Lohnverlust beansprucht. Das Amtsgericht wies seine Forderung ab, weil nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch der Gewerbegehilfe auch für die Zeit seiner Vernehmung und des Hin- und Rückweges von seinem Arbeitgeber Lohn beanspruchen könne, mithin durch seine mit der Zeugenvernehmung vernünftige Arbeitsversäumnis einen ersatzfähigen Lohnausfall nicht gehabt habe. Auf die über diese Gehührensverweigerung an das Landgericht eingelegte Beschwerde hat das Letztere nunmehr entschieden, daß die Zahlungsverweigerung rechtsirrtümlich sei, und ordnete nachträglich die Zahlung der berechneten Zeugengebühren an. In der Begründung dieses Entscheides führt das Landgericht aus, daß die betreffende Vorschrift des Bürgerlichen Gesetzbuches den Zweck verfolge, die zu Diensten oder Arbeiten verpflichteten Personen, als die wirtschaftlich Schwächeren, zu Lasten ihrer Dienstherrn oder Arbeitgeber, als der wirtschaftlich Stärkeren, vor unerschuldeten kleineren Lohnausfällen zu bewahren, daß aber die Verweigerung der Gerichte, den zu Diensten oder Arbeiten verpflichteten Personen Zeugengebühren zu zahlen, darauf hinauslaufen würde, die dem Staate gesetzlich obliegende Pflicht zur Zahlung von Zeugengebühren auf die Schultern der Dienstherrn oder Arbeitgeber, die doch im Vergleiche zum Staate, die wirtschaftlich Schwächeren seien, abzuwälzen. Solche Auffassung sei unhaltbar, und die fragliche Vorschrift des Bürgerlichen Gesetzbuches könne sich deshalb auf Zeitversäumnisse und Lohnverluste durch Zeugenvernehmung nicht erstrecken.

### Technisches.

In Kaiserslautern haben unsere Kollegen eine Fachschule errichtet. Dieselbe wurde am 15. Oktober eröffnet und soll sich gut bewähren. Die nötigen Räume, Licht und Heizung werden von der Stadt unentgeltlich gestellt.

Unsere Berliner Kollegen haben die seit Jahren bestehende Fachschule aufgelöst und den reichen Bestand der Vorlagenwerke der Bibliothek einberleibt. Den Beschluß können wir nur gut heißen, denn in Berlin bestehen genügend private und städtische Walschulen, wodurch den Kollegen überreich Gelegenheit geboten wird, sich bei mäßigen Preisen auszubilden.

Maßchine zum Wagenlackieren. Nach amerikanischen Meldungen sind die Amerikaner darauf bedacht, das Lackieren mit der Hand durch Maschinenarbeit zu ersetzen. Einige Eisenbahngesellschaften haben nämlich einen Apparat zum Lackieren der Güterwaggons eingeführt, welcher, wenn auch keineswegs glänzende Leistungen in der Lackkunst, so doch für den Waggonanstrich vollkommen genügende Arbeit liefern soll. Der betreffende Apparat enthält die fertig vorbereiteten Farbe- und Lackmaterialien in unter starkem Luftdruck stehenden Kesseln, von wo aus sie durch biegsame Röhren, die in feinspaltige Mundstücke endigen, nach außen gedrückt werden. Der Austritt erfolgt in feiner bestäubtem Zustande. Um nun einen Wagon zu lackieren, ist nichts weiter nötig, als das ein Arbeiter mit der Mündung der biegsamen Röhre über die zu behandelnde Fläche fährt. — Uns scheint, als ob sich mit dieser Lackmaschine genau so verhält wie mit jener amerikanischen Fassbenaufstrichmaschine auf der Chicagoer Weltausstellung.

### Protokoll vom Provinzialtag für Rheinland und Westfalen am 16. September zu Elberfeld.

Tagesordnung: 1. Bericht und Abrechnung der Agitationskommission; 2. Bericht der Delegierten über den Stand der Filialen; 3. Anträge oder Stellungnahme zur Generalversammlung; 4. Verschiedenes.

Der Vertrauensmann beider Provinzen, Kollege Badenheuer-Düsseldorf, eröffnete um 11 Uhr die Vormittagsitzung. Nach Verlesung der Präsenzliste wurde festgestellt, daß von den vorhandenen Filialen 15 durch je einen und zwei Filialen durch je zwei Delegierte vertreten waren. Die Bureauwahl ergab: 1. Vorsitzender Badenheuer, 2. Vorsitzender Marchand-Elberfeld, Schriftführer Sud-Barmen.

Auf eine Anfrage des Kollegen Buchelt, warum der Provinzialtag einberufen worden wäre, wurde seitens des Einberufers als Grund die bevorstehende Generalversammlung angegeben. Kollege Badenheuer erstattete nun Bericht über seine diesjährige Tätigkeit. Darnach sind in Düren und Schwerte Filialen gegründet worden.

Hierauf entspann sich eine heftige Debatte, in welcher ihm von verschiedenen Seiten der Vorwurf gemacht wurde, daß man einen anderen Bericht erwartet hätte, auch wäre in der Agitation viel zu wenig gethan worden. Er verwahrte sich gegen diesen Vorwurf und führte aus, daß er seine Pflicht, so weit sie ihm als Mensch möglich war, erfüllt habe.

Ueber den Bericht behufs Abrechnung der Kommission wurde ebenfalls von verschiedenen Delegierten Klage geführt. Man konnte bloß feststellen, daß der Kommission 256,96 Mk. zur Verfügung standen, wovon die Ausgabe 207,88 Mk. betrug, mithin ein Ueberschuß von 49,08 Mk. verblieb. Die Filiale Essen stellt folgenden Antrag: Die einzelnen Filialen sind verpflichtet, alle Vierteljahre einen Situationsbericht an die Agitationskommission einzusenden. Derselbe wird einstimmig angenommen. Hierauf wird auf Antrag Köln der Agitationskommission Decharge erteilt. Der Antrag, daß der Obmann der Agitationskommission verpflichtet sei, alle halbe Jahre einen Bericht über seine Tätigkeit im Vereins-Anzeiger bekannt zu geben, wird angenommen.

Zu Punkt 2 stellt Marchand-Elberfeld den Antrag, von dem Bericht der Filialen Abstand zu nehmen und eine dreigliedrige Kommission zu wählen, die während der Verhandlungen die Bücher revidieren soll, wird angenommen. Zugleich ein Antrag Schäfer, für Punkt 2 statt Bericht „Agitation“ zu setzen. Dem entspann sich eine längere Diskussion, welche zu dem Resultat führte, die Agitation durch alle Mitglieder kräftig zu entfalten. Die Agitationskommission solle ihr Augenmerk auf die Gegend am Oberrhein richten, um auch in diesen Strichen endlich festen Fuß zu fassen. Andeutung hierzu gab in längerer Ausführungen Kollege Zöbner, welcher den Verhandlungen als Vertreter des Hauptvorstandes bewohnte. Der Antrag Sud-Barmen, der Filiale Düsseldorf die Agitationskommission zu überlassen, wird angenommen.

Punkt 3. Antrag Sud-Barmen, bei der demnächst stattfindenden Generalversammlung die aus beiden Provinzen zu entsendenden Delegierten zu beauftragen, dort im Interesse der Verwaltungen (Filialen) für die Verschmelzung der Beiträge mit der Streikmarke, also für eine Einheitsmarke, einzutreten. Ferner lautete der Antrag auf Erhöhung der Sommer- und Winterbeiträge und von den eingegangenen Filialgeldern dem bestehenden Streikfonds 20 pSt. als Streikgelder gut zu schreiben.

Ein weiterer Antrag lautete: Bei der Generalversammlung dahin zu wirken, die Arbeitslosenunterstützung als noch nicht für spruchreif zu erklären und statt deren Einführung die bestehende Krankenunterstützung mehr auszubauen und zwar in sämtlichen Klassen die Zeit der Auszahlung zu verlängern oder das Krankengeld bei der jetzigen Dauer zu erhöhen. Auch dieser Antrag wurde von der Majorität gutgeheißen.

Zum Punkt Verschiedenes liegen folgende Anträge vor: 1. Leohy Gelsenkirchen: die Filialen sollen dem Agitationskomitee darüber Mitteilung machen, ob in denselben rechnerische Kräfte vorhanden sind. Der Antrag wird angenommen. 2. Diejenigen Filialen, die durch zwei Delegierte vertreten, sind auf Beschluß des Provinzialtages zu entschädigen. Dieser Antrag wurde mit dem Hinzufügen angenommen, daß dies das letzte Mal sei, wo nach der bisherigen Weise verfahren werde. Die Diäten der Delegierten wurden auf fünf Mark pro Kopf bemessen. 3. Antrag Krosch: Die Kostenrechnung des Provinzialtages den Delegierten hektographiert zu übersenden. Dieser Antrag wurde gleichfalls angenommen. 4. Antrag Winkelmann-Dsnabrück: Der Provinzialtag wird nach Bedarf einberufen und müssen mindestens die Hälfte der Filialen ihre Zustimmung hierzu erteilen. Der Antrag fand einstimmige Annahme.

Zum Schluß giebt die Bücherrevisions-Kommission Bericht und stellt Folgendes fest: der Filiale Essen fehlt Kassenbuch, der Filiale Bochum fehlen Mitgliederbeitragsliste und Journal, die Filiale Dsnabrück hat ein neues Kassenbuch anzuschaffen, der Filiale Kemscheid fehlt eine Mitgliederliste, der Filiale Barmen waren Blätter aus dem Kassenbuch entfernt, Köln wird seitens der Kommission beauftragt, das Journal richtig zu führen und eine neue Mitgliederbeitragsliste anzuschaffen, bei der Filiale Deub fehlen Kassenbuch und Journal. Im Allgemeinen fehlten bei allen vertretenen Filialen — außer Elberfeld — und denen, die bis jetzt noch keine Krankenunterstützung ausbezahlt haben, das Kranken-Unterstützungsbuch. Hierauf schloß der Vorsitzende um 1/49 Uhr den diesjährigen Provinzialtag.

Danzig. Nach Bekanntgabe der Tagesordnung wurde die Abrechnung des dritten Quartals sowie die von unserem Stiftungsfest verlesene, und wurde der Ueberschuß von letzterem der Filialkasse zur Deckung unserer Streikschulden bei der Hauptkasse überwiesen. Hierauf wurde der Hauptpunkt der Tagesordnung, die Wahl zweier Beisitzer zum Gewerbegericht, erledigt, wozu uns Genosse Schah die erforderlichen Informationen in ausgiebigster Weise erteilte. Gewählt wurden die Kollegen Bett und Bink. Es wurde gellagt, daß unser im Sommer vereinbarter Lohnsatz schon jetzt nicht mehr ganz von den Meistern eingehalten wird, was darauf zurückzuführen ist, daß die Kollegen gleich nach dem Streik dem Verbands den Rücken lehrten. Hierauf forderte Kollege Voelker die Kollegen auf, mehr für regeren Versammlungsbetrieb zu agitieren, da wir in nächster Zeit recht interessante Punkte auf der Tagesordnung haben, sowie darauf zu dringen, daß der Obermeister die Wahl der Vertreter zum Gesellenauschuß vollziehen läßt. Dann kritisiert Redner die Laubbild der

Kollegen betrefis Zahlung der Beiträge, des Streikfonds und aller anderen Pflichten der Vereinigung gegenüber und ersucht um recht rege Betheiligung zur Beschaffung eines Lokalfonds; denn wenn es so weiter geht und die Meister sich gelüsten lassen, uns noch mehr an unserem Tarif heranzuziehen, so können wir uns schließlich einmal in die Lage versetzt sehen, einen Abwehrstreik auszuführen zu müssen. Dazu müssen uns Mittel zur Verfügung stellen, deswegen wollen wir uns bei Zeiten mit dem nötigen Kistzeug versehen. Sorge jeder Kollege dafür, daß in unseren Reihen die Laubbild nicht mehr einreißt, daß jener Geist wieder zum Vorschein kommt, als im Sommer die ganze Danziger Kollegenchaft einmütig zusammenstand und nach wenigen Tagen die Forderung bewilligt erhielt. Diese Errungenschaft aber hochzuhalten, liegt im Interesse eines jeden Einzelnen, darum ist es unsere erste Pflicht, alle treue Mitglieder der Organisation zu bleiben.

Dresden. Am 4. November fand im Gewerkschaftshaus eine Versammlung statt mit der Tagesordnung: Wahl eines Delegierten zur Generalversammlung zu Würzburg, „Gewerkschaftliches“. Zum 1. Punkte führt Kollege Krüger aus, daß er gesonnen sei, sein Mandat in die Hände der Dresdner Kollegen zurückzugeben, da er, wie bekannt, auch im 5. sächsischen Wahlkreis als Delegierter gewählt sei. Er findet, daß es hier leichter und eher möglich sei, nochmals zur Wahl eines Delegierten zu schreiben als in den ostfälischen Wahlstellen, und so habe er sich entschlossen, die Delegation nur für den 5. sächsischen Wahlkreis zu behalten. Die Versammlung erklärte sich damit einverstanden. Auf Wunsch der Agitationskommission werden die Kollegen Spranger und Streine als Delegierte vorgeschlagen. Das Resultat der Abstimmung ergibt für Spranger 40, für Streine 31 Stimmen inkl. Redebeul. — Zum Punkte „Gewerkschaftliches“ wird von einem Kollegen angeführt, daß die Firma Barthel, Serrestraße, die Arbeiten im Anbau der Dresdner Ortskrankenkasse zugesprochen bekam, weil dieselbe einen Schundpreis angelehnt hatte, sodaß es unmöglich schien, für denselben die Arbeit herzustellen. Dies wurde aber erklärlich, als dann diese Arbeiten im Auftrage vergeben worden sind, Herr Barthel also das ganze Risiko auf die bei ihm beschäftigten Kollegen abgewälzt hatte. Er war also nur im Stande diese niedrigen Preise zu stellen, da er gewiß war, genügende Arbeitskräfte zur Verfügung zu haben, welche sich dazu hergeben, für jeden Preis zu frohden. Gemäß bezeichnend für die Dresdner Kollegen. Ferner kam ein Fall zur Sprache, welcher die Firma Schmiedelow betraf. Dieser Herr hatte beim Vergeben einer Arbeit, bei welcher das Höchstgebot 1500 Mk. betrug, das Gebot von 900 Mk. gethan, also 600 Mk. unterboten. Dies konnte dieser Unternehmer doch auch nur in der sicheren Erwartung thun, willige Arbeitskräfte zu finden, welche sich in jeder Beziehung das Fell über die Ohren ziehen lassen. In dieser Erwartung würde sich der Herr auch nicht getäuscht haben, da leider der größte Teil der Dresdner Kollegen so unglaublich korrupt ist, daß er sich nach dieser Hinsicht Unglaubliches bieten läßt. Ferner wurde ein Fall bekannt gegeben, nach welchem bei der Firma Kießling beim Bahnhofsbaue in der Neustadt ein Kollege verunglückt ist. Es ist dies bei diesem Staatsbaue leider nicht der erste Fall, daß Kollegen zu Schaden kommen. Ob dies an den Kollegen selbst (?) oder an den Aufträgen liegt, werden wir noch erfahren, da ein Beauftragter der Kommission zur Vereitigung der Mißstände auf Bauten“ nähere Erkundigungen einzulegen wird. Im Uebrigen scheint die Firma Kießling allein dafür sorgen zu wollen, da sie den Dresdner Kollegen stets Stoff giebt, sich mit ihr in Versammlungen befassen zu können, denn es vergeht selten eine Versammlung, in der man nicht Mißstände aus dieser Wude vorbrächte. Zum Schluß fordert der Vorsitzende die Kollegen auf, die Arbeiterpresse resp. die „Sächsische Arbeiterzeitung“ zu lesen und weist darauf hin, daß nur diese es ist, welche die Interessen der Arbeiter vertritt und unentwegt für die Aufklärung der Arbeiter Sorge trägt. Weiter ermahnt er die Anwesenden für die Organisation zu propagieren. Insbesondere die Kollegen auffordern, von Mund zu Mund für die Vereinigung zu wirken, schließt er die Versammlung.

Dsnabrück. (Situationsbericht.) In diesem Winter ist die Arbeit nicht so günstig wie im Winter 1899. Viele Kollegen mühten die Arbeit jetzt schon einstellen, ebenfalls wieder andere, meistens organisierte Kollegen mühten mehrere Wochen aussetzen, darunter auch unser Vorstand. Die Versammlungen sind jetzt nur sehr flau, dagegen waren sie im Sommer d. J. sehr gut besucht. Es liegt auch viel an der Bummeltätigkeit der fremden Kollegen. Sie halten es nicht für notwendig, sich hier anzumelden oder in den Versammlungen zu erscheinen. Die nicht verheiratheten oder jüngeren hiesigen Kollegen erscheinen regelmäßig in den Versammlungen. Sobald aber ein Kollege, der sonst treu und tüchtig zur Organisation hielt, verheirathet ist, bleibt derselbe den Versammlungen und allem nach und nach fern. So haben sie es bis jetzt alle gemacht und wir zählen von dieser Sorte Bantoffelhelden eine ganze Menge. Wir haben zur Zeit keinen einzigen der Verheiratheten, theils aus Angst vor der Frau, theils weil sie zu knauserig sind die Beiträge zu zahlen, andere wieder, die richtigen Angstmeier, glauben, sie könnten sonst nicht beständig Arbeit haben. Also eine feine Gesellschaft, die sich, wenn sie nur etwas Manneswürde im Leibe hätte, vor unseren übrigen deutschen Kollegen schämen müßte!

Kommt da dieser Tage ein Kollege zu uns, der sich den ganzen Sommer über nicht hat blicken lassen, trotzdem er beständig hier in Arbeit stand und macht uns einen Kobl vor, weil er ohne Kündigung rausgeflogen ist: Was soll ich denn nur machen, warum freit man denn gar nicht hier? Wir haben diesen lieben Kollegen, wie es sich gehört, etwas auf die Lappen gebracht und ihm den nötigen Bescheid gegeben. Auch giebt es noch eine Sorte von Kollegen, die dem Vereinslokal die Schuld geben, daß sie fernbleiben, weil — man frage über diese Dickschädel — in dem Lokal auch Sozialdemokraten verkehren. So giebt es noch viele Fälle, aber wir werden nicht nachlassen, weiter zu agitieren, bis in den Unterstand den größten Feind der Massen, der Lichtstrahl der Erkenntnis gebrochen. Als im September d. J. in Elberfeld der Provinzialtag für Rheinland und Westfalen tagte, wo auch unsere Filiale durch Kollegen Winkelmann vertreten war, wurde derselbe, als er zurückkam, aus der Arbeit entlassen. Ein Bravourstückchen des Meisters, welches nicht anders zu nennen ist als Maßregelung. — Die hiesige Hwangsinnung wird sich jetzt auch bald auflösen. Eine öffentliche Handwerker-Versammlung, die am 6. Nov. hier stattfand



erklärte zunächst im Ganzen ihr Einverständnis mit dem in zwei Versammlungen bereits vorherberathenen Annahme-Statut und verhandelte dann in eingehender, zuweilen ziemlich erregter Debatte über den Befähigungsnachweis und seine Gegner, ein Gegenstand, der infolge eines in der „Hannov. Handw. Ztg.“ erschienenen und von dem Handwerks-Kammersekretär, Malermeister Korthaus, hierher, unterzeichneten Artikels auf die Tagesordnung gekommen war. Also die Versammlung konstatiert, daß Herr Korthaus nicht mehr auf dem Standpunkt des Befähigungsnachweises stehe. Auch wird Herr Korthaus nicht als Delegierter nach dem Berliner Handwerkerkongress entsandt werden.

Berlin. Zur großen Saale des „Berliner Gewerkschaftshaus“ eingeladen fand am 6. November eine recht gut besuchte Versammlung der Zentralorganisirten Kollegen von Berlin, Charlottenburg und Niddorf statt. Die Kollegen waren erschienen, um die eingegangene Antwort der Berliner Malerinnung auf unseren eingereichten Vorschlag entgegen zu nehmen. Der Vorsitzende, Kollege Blum, verlas zunächst die Antwort der Herren Innungsmeister, die in Kürze sagt, daß, weil noch von einer anderen Seite der Gehilfen ein Lohn-tarif eingeleitet sei, die Innung nur mit dem Gehilfen-ausschuß über etwaige Wünsche der Gehilfen unter-handeln könnte. Die Innung hat es auch nicht so eilig mit der Antwort gehabt, denn es sind so glücklich acht Wochen ins Land gezogen, ehe sie sich zu dem Antwort-schreiben bequemen konnte. Hierauf erhält Kollege Lind zu dem eigentlichen Referat das Wort, in welchem er be-treibt, daß die Herren von der Innung den Gang der Verhandlungen in die Länge ziehen wollen. Aber fragen wir uns nun einmal: „Wer sind denn die in dem Schreiben angeführten anderen Gehilfen, die auch einen Lohn-tarif eingeleitet haben?“ Dies ist die Organisations-broschüregesellschaft, Leute, die von dem Werth der Gewerkschaftsbewegung überhaupt keine blasse Ahnung haben. Diese Leute haben man in einer von ungefähr 100 bis 120 Mann besetzten Versammlung am 21. September Forderungen aufgestellt, welche vorderhand nicht zu erreichen sind; nämlich ein Stundenlohn von 6 M., und die Einführung einer stündigen Arbeitszeit. Wenn man bedenkt, daß gerade bei uns Malern die Verhält-nisse im Allgemeinen ungünstige sind, so ist es um so unvernünftiger, wenn jene Leute solche Forderungen stellen. Man muß, wenn man etwas erreichen will, schrittweise vorgehen. Aber an die intellektuelle Befes-sigung der wirtschaftlichen Lage der Kollegen muß denken in diese Leute im Entern nicht, denn sie haben, und hier ist das Charakteristische an der

ganzen Sache, durch ihren Vorsitzenden Genz, welcher auch Mitglied des Gefellenausschusses ist, öffentlich sagen lassen, daß es ihnen mit ihren Forderungen nicht ernst sei. Dieser erwähnte Herr Genz hat in einer Meister-versammlung, wo man ihn über seine Meinung fragte, wie er sich die Durchführung ihrer aufgestellten Forderungen denke, gesagt: Er habe zwar als Leiter der am 23. September stattgefundenen Versammlung der Zentralorganisirten für den aufgestellten Lohn-tarif gestimmt, aber derselbe sei der größte Blödsinn, an den kein vernünftiger Mensch glauben kann. Derselbe sei ja auch nur gestellt und angenommen, um die Zentralorganisation in ihrer Agitation und ihrem Fortbestehen hindern zu wollen. (Stürche!) Herr Genz mit seinem Ruhm hat sich mit diesem Ausspruch in das ihm gebührende Licht gestellt. (Sehr richtig!) Wir haben nun zu verhindern, daß die Quertreiberien und Stänkereien jener „Herren Lokalen“ weiter fort-bestehen. (Lebhafter Beifall.) Kollege Lind verliest nun nochmals den in der gemeinschaftlichen Versammlung vom 13. September aufgestellten und in Nr. 30 des „Berliner Anzeiger“ bereits veröffentlichten Vorschlag und beauftragt, denselben dem Gefellenausschuß zu über-weisen, damit dieser denselben der Innung überweisen und weiter nachhandeln kann. Nach den beifällig aufge-nommenen Ausführungen des Referenten folgte noch eine längere Debatte, in welcher die Kollegen Unger, Kretz, Meier, Becker, Hennings, Klotz, Dein und der Altgehilfe Kollege Märten das Wort ergriffen. Sie alle verur-theilten die bisherige Kampfesweise dieser „Nachfolger“ auf das Entschiedenste und traten ohne Ausnahme für den weitesten Ausbau unserer Zentralorganisation ein. Eine Resolution fand hierauf gegen zwei Stimmen An-nahme, worin die von zickig laufend Personen beherrschte Versammlung der Maler und Verlags-genossen die Stellung-nahme der Innung in Bezug auf unseren eingereichten Lohn-tarif verurtheilt, weil die Versammelten in diesem Gebahren eine Mißachtung der Berliner Malergehilfen erkläre. Des Weiteren verbiten sich die Versammelten auf das Entschiedenste die infamen Quertreiberien der sogenannten lokalen Gewerkschaft unter der Leitung Genz und Genossen. Die Versammelten erklären nach-dem, als Organisation gilt nur die Vereinigung deutscher Maler und verwandten Berufs-genossen. Es verpflichten sich die Anwesenden, soweit sie der Ver-einigung noch nicht angehören, denselben unverzüglich beizutreten, da nur durch eine starke Organisation unsere Interessen mit Nachdruck vertreten werden können. Des Weiteren beauftragen die Versammelten den Gehilfen-ausschuß, wofür in der Versammlung vom 13. Sep-

tember d. J. aufgestellten Lohn-tarif von Neuem an die Innung einzureichen und denselben nachdrücklich zu unterstützen zu vertreten.“ Desgleichen fand fol-gender Antrag ebenfalls einstimmige Annahme: „Die Versammlung verurtheilt das Verhalten des Maler-gehilfen Genz in der Innungsversammlung auf das Schärfste und erkläre denselben als Gehilfen-ausschuß-mitglied nicht mehr an. Die Versammlung bedauert, daß nach dem Gesetz keine Maßnahmen getroffen werden können, um den von Genz sofort seines Amtes zu ent-setzen. Nach einem Schlusswort des Referenten, die Or-ganisation zu kräftigen, wurde die imposante Versamm-lung mit einem beifälligen Hoch auf unsere Zentral-organisation geschlossen.

**Achtung.**

Die Vertretungsvereine und Leiter unserer Filialen werden auf die von der Zentralkommission für Vorkontrollen veranlagte Kontrolle der Winter-konten aufmerksam gemacht. Es wird Pflicht eines jeden Kollegen sein, thätig für ein gutes Ge-gendnis dieser Rechnungen einzutreten.

Mit kollegial. Gruß Der Vorstand.

**Bekanntmachung des Hauptvorstandes.**

Vom 7. bis 12. November gingen bei der Hauptkassie ein: Buchh. 31973 4 220; Hamburg 1 400. — Buchh. 732 175, Leipzig 250. G. Wenzler, Halle.

**Zentral-Kranken- und Sterbekasse**

der Maler und verw. Berufs-genossen Deutschlands.

(Gemeinnützige Stiftung Nr. 71.)

Bericht des Hauptkassiers vom 4. bis 10. November 1900. Uebernahme von den örtlichen Verwaltungen wurden eingekassiert von Weid. 100. —, Romack 100. —, Haag-Weidung i. Baden 100. —, Köhne-Schwerin i. M. 50. —, Sallmann-Bremerhaven 90. —. Aufträge an die örtlichen Verwaltungen wurden ab-gegeben an Blut-Berlin 8 W. 200. —, Heid-Mannh. im 100. —, Joh. Nordst. 100. —, Schinger-Konstanz 50. —. Krankengelder erhielten Buchh. 15027 25. Spenker in Elm. 26.20, Buchh. 14261 Th. Adolph in Nordel. 125. 16.45, Buchh. 1968 G. Schulz in Soss. 11.40, Buchh. 5770 G. Wippenmann in Meinerzhagen i. W. 14.10. J. S. Dulle, Hamburg-Uhlenhorst, Hamboldtstr. 57.

Der heutigen Nummer liegt die Nr. 45 des Korre-spondenzblattes für die Bevollmächtigten und Ver-trauensleute bei.

**Anzeigen.**

**Filiale Stettin.**  
Donnerstag, 23. November 1900,  
**Mitgliederversammlung**  
im „Zentralkol der Gewerkschaften“, Bismarckstr. 10,  
M. 1.05] Der Vorstand.

**Wichtig für Maler!**  
Allergrosste Auswahl von fertigen Schablonen und Zeichnungen.  
Einzig auf der Höhe der Zeit stehende Werke für Maler.  
**Moderne Stilrichtung.**  
Preis 6 M. Schablonen zur Decken- und Wandmalerei für den praktischen Gebrauch, Größe 25x33. In Naturalistisch, Renaissance und englischem Charakter. 12 Tafeln.  
**Moderne farbige Skizzen**  
zur Deckenmalerei.  
Preis 12 M. Größe 47x34. Jnh. 10 Tafeln Farbendruck. Ganz besonders leicht und einfach gehalten.  
Herausgegeben von **Carl Lange.**  
Diesen Werken sind Preisverzeichnisse für Schablonen und Pausen in natürlicher Größe beigegeben.

**Berliner Maler-Schule**  
für fachgemäße Ausbildung in Ornament, Blumen, Früchten, Stillleben, Emblemen, Figuren etc. etc.  
Ganz besonderes Augenmerk wird auf größte Praktik und einfachste Technik gelegt.  
Tagesunterricht vom 15. Oktober bis 15. März, per Semester 150 Mark.  
Meiner Maler-Schule sind mehrere Erste Preise, Silberne Ehrenmedaillen und viele Anerkennungen für meisterhaft ausgeführte Malereien zuerkannt worden.  
**Prospekte der Malerschule gratis und franko.**  
**Carl Lange,**  
Berlin SW., Gitschinerstr. 94 a.  
Dekorationsmaler, Atelier für alle Skizzen u. Entwürfe, Versand nur gegen vorherige Einsendung des Betrages.

**Schablonen für Wände u. Decken,** durchwegs praktisch eingerichtet, schönste Dessins für Wände, flotte Ornamente für Decken. Musterkarten in Farbendruck empfiehlt a 5 M. Markus Buchsbaum, Wien I., Rathhausstr. 15.

**Damen. Malvorlagen Blumen. Landschaften. Früchte etc.**  
20 Blatt M. 2.50, 40 Blatt M. 4.50, sortiert, verschieden groß.  
**Heinr. Brühl,** Hamm i. W., Münsterstr. 42.

**Hamburger Holz- und Marmor-Schule**  
Fr. Wolershausen, Hamburg, Lindenstr. 15.  
Anerkannt als hervorragendste Schule Deutschlands. Buchh. 15. Dover. Credit garantiert. Besucht gratis  
Es erschien im Selbstverlage: 1. Serie:  
**Neue Holzmalereien (zum Selbstunterricht)** Preis Mk. 20  
Direkt zu beziehen, sowie durch alle Buchhandlungen. Bestreter gesucht.

**Fachschule Mainz-Weisbaden**  
für Holz und Marmor von **Joh. Vogel.**  
Neueste Technik nach Natur-Vorlagen.  
Tag- und Abendkurse vom 15. Okt. bis 1. April 1901.  
Prospekte gratis und franko.  
Vorlagen und Schularbeiten liegen hier aus.  
Anfragen und nähere Auskunft  
**Joh. Vogel, Maler,**  
Mainz, Rentengasse 6.

Ein neues mod. Werk für Dekorationsmaler. Probeheft gegen 20 Pfg. in Marken.  
**H. Hoyer,** Frankfurt a. M., Vogelsbergstr. 8.

Illustrierte Deutsche **Maler-Kalender**  
für das Jahr 1901.  
Herausgegeben von **Ludwig Reischerger,** Dekorationsmaler, Nebakt. der Wappe und Deutschen Maler-Zeitung.  
Seit den zehn Jahren seines Bestehens ist der Maler-Kalender vielen tausend Kollegen ein notwendiges Nachschlage-buch in praktischen Fragen, ein unentbehrlicher Begleiter und treuer Ratgeber in den mannigfaltigen Schwierigkeiten des Berufs gewesen und der Herausgeber ist der Hoffnung, daß auch dieser neue Jahrgang sich der Malerschaft mindestens ebenso nützlich machen wird wie seine Vorgänger.  
Aus dem reichen Inhalte heben wir hier hervor: Preis-listen für Malerarbeiten von acht Städten Deutsch-lands, Oesterreichs und der Schweiz, — Imitation von Altgold, Altsilber etc. — Warum haben manche Fußböden? — Farben-Abbeizmittel selbst zu bereiten, — Malerei auf Sammt und Plüsch, — Schulwand-tafeln zu lackieren etc. etc. sowie außer dem Kalenderium und den Tabellen, noch 11 Seiten mit Rezepten für die Praxis sowie 10 Seiten Illustrationen und Schriften-Vorlagen.  
Der illustrierte Deutsche Maler-Kalender kostet bei direkter Zusendung in Deutschland M. 2.10, nach Oesterreich Kr. 2.50 und nach der Schweiz Fr. 2.75. Innungen und Vereine erhalten bei Partien-Bestellung Preisermäßigung.  
Verlag von **Georg D. W. Callmey** in München.

**MALERSCHULE zu HAMBURG**  
v. WILH. SCHÜTZE. PROSP. GRATIS.  
nur ERSTE PREISE u. MEDAILLEN

**Malerlehre für Holz- u. Marmor-Imitation**  
(Studienmarmor und Studiafeste)  
von A. Fritsch, Maler-Lehrer (Bayern).  
Schöne, in der Praxis bewährte Ausbildung.  
Beginn des Kurzes v. 1. Novbr. 1900 bis 15. Febr. 1901.  
Prospekt gratis.

Ein neues farb. mod. **Dewaldswerk** (Münchberg) ist für 16 M. zu verkaufen, statt 25 M. Näheres durch die Exped. d. „Z. A.“

Für den **Selbstunterricht in der Holzmalerei!**  
150 Vorlagen, erste Spezialität in Natur-Farben-druck, mit leicht fasslicher Anleitung, sind für den billigen Preis von nur 10 M. zu beziehen von **Aug. Düttemeyer, Maler, München,** Corneliusstr. 19, IV. rechts.  
Malern, welche die Vertretung übernehmen wollen, ist guter Nebenverdienst gesichert.

**Grosse Vortheile bietet meine Schablonen- und Pausen-Mustermappe**  
M. 1.75 gegen Nachnahme.  
**Aug. Vogler,** Essen a. d. Ruhr, Klosterstr. 10.

**R. Zerna, Malerartikel, Stuttgart,** Kirchstrasse 7. Spez. Pinsel, Plafondbürsten, Zeichnungen, Schablonen etc.

**Nachruf!**  
Durch einen Sturz vom Gerüste verstarb am 29. Oktober unser treuer Kollege **Georg Schlapp** von Egelsbach.  
Sein Andenken hält in Ehren  
M. 1.95] Die Filiale Langen.

Der „Bereins-Anzeiger“ erscheint wöchentlich Freitag, für die Mitglieder der Vereinigung unentgeltlich. Im Abonnement kostet derselbe für Deutschland und Oesterreich 1.20 pro Exemplar, für das übrige Ausland 1.50 M., durch die Post bezogen 1.20 M. — Anzeigen kosten die 3spaltige Zeile ober deren Raum 30 Pfg., 2spaltige 20 Pfg., 1spaltige 15 Pfg. Die Spaltzeile. — Der „Bereins-Anzeiger“ ist im Preisverzeichnis der Reichspost für 1900 unter Nr. 7648 eingetragen.

Für die Redaktion verantwortlich: **M. Mart,** Hamburg. Verlag von **H. Wenzler,** Hamburg. Druck von **Fr. Meyer,** Hamburg-Eilbek, Friedenstr. 4.